

Vorlage Nr. 15/1995

öffentlich

Datum: 06.11.2023
Dienststelle: LVR-Direktorin
Bearbeitung: Frau Wierum/Herr Woltmann

Ausschuss für Inklusion **21.11.2023** **Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

**Dokumentation der Studien- und Informationsreise des Ausschusses für
Inklusion mit dem Beirat für Inklusion und Menschenrechte**

Kenntnisnahme:

Die Dokumentation wird gemäß Vorlage Nr. 15/1995 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des
LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.

ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025. ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (Ifd. Jahr):

Produktgruppe:

Erträge:

Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan

Aufwendungen:

/Wirtschaftsplan

Einzahlungen:

Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan

Auszahlungen:

/Wirtschaftsplan

Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:

Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:

Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten

Worum geht es hier?

In leichter Sprache

Der Ausschuss für Inklusion im LVR kümmert sich um wichtige politische Fragen im Rheinland.

Viele Entscheidungen werden in Berlin getroffen.

In Berlin ist zum Beispiel der Bundestag.

Und die Bundesregierung.



Der Ausschuss ist mit seinem Beirat im September 2023 nach Berlin gereist.

Der Ausschuss und sein Beirat haben in Berlin viele neue Informationen bekommen.

Und wichtige Menschen getroffen.

Nun gibt es ein kleines Heft

mit vielen Informationen und Fotos von der Reise.



Haben Sie Fragen zu diesem Text?

Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:

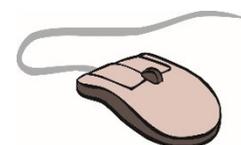
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache

finden Sie hier:

www.leichtesprache.lvr.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Der Ausschuss für Inklusion und sein Beirat für Inklusion und Menschenrechte haben in der Zeit vom 25.09. bis zum 27.09.2023 eine Studien- und Informationsreise nach Berlin durchgeführt.

Gemäß dieser Vorlage wird die Dokumentation der Reise zur Kenntnis gebracht.

Diese Vorlage berührt insbesondere Zielrichtung 9 des LVR-Aktionsplans BRK: „Menschenrechtsbildung im LVR systematisch betreiben“.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1995

Dokumentation der Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion mit dem Beirat für Inklusion und Menschenrechte vom 25.-27.09.2023 nach Berlin

Der Ausschuss für Inklusion und sein Beirat für Inklusion und Menschenrechte haben in der Zeit vom 25.09. bis zum 27.09.2023 eine Studien- und Informationsreise nach Berlin unternommen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Inklusion und des Beirates sollten durch die Reise zum einen die Möglichkeit erhalten, sich vertieft mit dem mehrdimensionalen und intersektionalen (d.h., die Wechselwirkung der verschiedenen Dimensionen von Vielfalt berücksichtigenden) **Ansatz von Gleichstellung und Antidiskriminierung** zu befassen.

Zum anderen sollten die Mitglieder des Ausschusses für Inklusion und des Beirates durch die Reise die Möglichkeit erhalten, sich mit dem aktuellen Stand bzw. dem Ergebnis (sog. „Abschließende Bemerkungen“ des Fachausschusses) der **neuen Staatenprüfung Deutschlands** hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention „aus erster Hand“ in der Bundeshauptstadt zu befassen.

Zu diesem Zweck wurden im Rahmen der Reise verschiedene Kontaktgespräche mit bundespolitischen Akteuren durchgeführt.

Gemäß dieser Vorlage wird die Dokumentation der Reise zur Kenntnis gebracht. Die Dokumentation ist als Anlage zu dieser Vorlage beigefügt. Die Teilnehmenden an der Reise erhalten die Dokumentation zudem in Form einer gedruckten Broschüre.

L u b e k

Anlage

Dokumentation der Studien- und Informationsreise des LVR-Ausschusses für Inklusion gemeinsam mit dem LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte vom 25.09.-27.09.2023 nach Berlin



Gemeinsam in Berlin

25. bis 27. September 2023

Dokumentation der Studien- und Informationsreise des
LVR-Ausschusses für Inklusion
gemeinsam mit dem LVR-Beirat für Inklusion
und Menschenrechte

Inhaltsverzeichnis

1.	Anlass und Ziele der Reise	3
2.	Das Programm der Reise im Überblick.....	4
3.	Die Reisedelegation	6
4.	Gespräch mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Institut für Menschenrechte	9
5.	Gespräch mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen	20
6.	Gespräch mit dem nationalen „Focal Point BRK“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales	26
7.	Abend der Begegnung des LVR-Ausschusses für Inklusion in Berlin	31
8.	Gespräch mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes	36
9.	Foto-Impressionen	38
10.	Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR – Auszüge aus dem „Lagebericht“ von LVR-Direktorin Lubek beim Abend der Begegnung	41
	Impressum	45

1. Anlass und Ziele der Reise

Der LVR-Ausschuss für Inklusion hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2022 die Durchführung einer Studien- und Informationsreise nach Berlin empfehlend beschlossen. Der LVR-Landschaftsausschuss hat am 7. Dezember 2022 zugestimmt. Dabei wurde ergänzend beschlossen, dass auch der LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte, der den Ausschuss als Partizipationsgremium ständig berät, an der Reise des Ausschusses für Inklusion teilnehmen solle.

Thematische Ziele der Reise waren (vgl. ausführlich [Vorlage Nr. 15/1297](#)):

Ziel 1

Die Mitglieder des Ausschusses für Inklusion sollen durch die Reise die Möglichkeit erhalten, sich vertieft mit dem **mehrdimensionalen und intersektionalen** (d.h., die Wechselwirkung der verschiedenen Dimensionen berücksichtigenden) **Ansatz von Gleichstellung und Antidiskriminierung** zu befassen.

Ziel 2

Die Mitglieder des Ausschusses für Inklusion sollen durch die Reise die Möglichkeit erhalten, sich mit dem aktuellen Stand bzw. dem Ergebnis (sog. „Abschließende Bemerkungen“ des Fachausschusses) der **neuen Staatenprüfung Deutschlands** hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) „aus erster Hand“ in der Bundeshauptstadt zu befassen.

Vor dem Hintergrund dieser beide thematischen Ziele wurde von der LVR-Verwaltung eine entsprechende Programmplanung durchgeführt. Das geplante Programm wurde vom Ausschuss für Inklusion am 1. Juni 2023 gemäß [Vorlage Nr. 15/1704](#) zur Kenntnis genommen.

Gemäß [Vorlage Nr. 15/1890](#) wurden dem Ausschuss und seinem Beirat Informationen und Materialien zur inhaltlichen Vorbereitung der geplanten Gespräche mit den bundespolitischen Akteuren zur Kenntnis gebracht.

Die vorliegende Dokumentation der Reise gibt einen Überblick über die Programmpunkte und Themenschwerpunkte der Reise.

2. Das Programm der Reise im Überblick

2.1 Tag 1: Montag, 25. September 2023

Uhrzeit	Programmpunkt
8:28 Uhr	Abfahrt Gruppenreise ab Köln Hbf <u>oder</u>
8:52 Uhr	ab Düsseldorf Hbf
13:15 Uhr	Geplante Ankunft in Berlin Hbf
Ca. 13:30 Uhr	Bustransfer zum Hotel
14:00 bis 15:00 Uhr	Check-In im Hotel und Mittagsimbiss im Hotel
15:30 Uhr	Bustransfer zur Bundeszentrale für politische Bildung <u>oder</u> geführter Spaziergang (ca. 20 Min.)
16:30 bis 18:00 Uhr	Gespräch mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Institut für Menschenrechte
18:15 Uhr	Bustransfer zum Restaurant
Ab 19:00 Uhr	Abendessen im Restaurant „Schankhalle Pfefferberg“

2.2 Tag 2: Dienstag, 26. September 2023

Uhrzeit	Programmpunkt
9:30 Uhr	Bustransfer zum Kleisthaus mit Halt an der Gedenkstätte T4
11:00 bis 12:00 Uhr	Gespräch mit dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung
Ab 12:00 Uhr	Weg zum Mittagessen
12:30 bis 13:30 Uhr	Mittagessen im Restaurant Hugo & Notte
Ab 13:30 Uhr	Weg zum BMAS
14:00 bis 15:30 Uhr	Gespräch mit dem Focal Point BRK im BMAS
	[Programmpause (bis max. 18:00 Uhr)]
18:00 bis 21:00 Uhr	Abend der Begegnung in der NRW-Landesvertretung in Berlin

2.3 Tag 3: Mittwoch, 27. September 2023

Uhrzeit	Programmpunkt
8:45 Uhr	Bustransfer zur Antidiskriminierungsstelle des Bundes
10:00 bis 11:30 Uhr	Gespräch mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes
11:45 Uhr	Bustransfer zum Mittagsimbiss im Bistro des Humboldt Forums
13:20 Uhr	Bustransfer zum Hbf Berlin
Ab 14:46 Uhr	Gemeinsame Gruppenreise mit der DB von Berlin Hbf ins Rheinland

3. Die Reisedelegation

Abbildung 1: Gruppenfoto der Reiseteilnehmenden



Politische Vertretungen des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte (alphabetisch)

CDU-Fraktion

Ensmann	Bernhard	
Körlings	Franz	
Kretschmer	Gabriele	
Wörmann	Josef	Ausschussvorsitzender

SPD-Fraktion

Daun	Dorothee
Servos	Gertrud
Spinrath	Norbert

Stergiopoulos Ioannis

Ullrich Birgit

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Gerlach Lisa

Herlitzius Bettina

Schmitt-Promny Karin Beiratsvorsitzende

Warnecke Uwe Marold

Zsack-Möllmann Martina

FDP-Fraktion

Clemens Miriam

Fraktion Die Linke.

Dejten Ulrike

Fraktion Die FRAKTION

Winkel Petra

Fraktion FREIE WÄHLER

Kunze Thomas

Externe Mitglieder im Beirat für Inklusion und Menschenrechte

Gabor	Peter	Landesbehindertenrat NRW e.V., Stellvertretender Vorsitzender des Beirates
Heiser	Sandra	Landesbehindertenrat NRW e.V.
Seipelt- Holtmann	Claudia	Landesbehindertenrat NRW e.V.
Thoms	Eva-Maria	Landesbehindertenrat NRW e.V.
Schubert	Wiebke	Landesverband der Angehörigen psychisch Kranker e.V.

Für die LVR-Verwaltung

Lewandrowski	Dirk	LVR-Dezernent Soziales
Lubek	Ulrike	LVR-Direktorin
Wierum	Melanie	LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte - Beschwerden
Woltmann	Bernd	LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte - Beschwerden

Gast

Middendorf	Claudia	Die Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein- Westfalen
------------	---------	---

4. Gespräch mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Institut für Menschenrechte

Als erster inhaltlicher Programmpunkt fand am 25.09.2023 ein gemeinsames Gespräch mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) im Vortragssaal der bpb auf der Friedrichstraße statt.

Für die bpb hielt **Prof. Dr. Gernot Wolfram** (Professor für Medien- und Kulturmanagement an der Hochschule Macromedia) einen Vortrag zum Thema „Medien, Rassismus und Auswege“ und stand für Fragen zur Verfügung.

Abbildung 2: Prof. Dr. Wolfram gibt spannende Einblicke in das Thema „Medien, Rassismus und Auswege“



Anschließend referierte **Prof. Dr. Beate Rudolf**, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, über die Rolle und Arbeitsweise des Instituts. **Dr. Britta Schlegel** und **Dr. Susann Kroworsch** aus der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention beim DIMR stellten in

erste Ergebnisse der zweiten Staatenprüfung Deutschlands durch den UN-Fachausschuss in Genf vor.

Abbildung 3: Prof. Dr. Rudolf stellt die Arbeit des DIMR vor



Abbildung 4: Dr. Britta Schlegel und Dr. Susann Kroworsch berichten von ihren Eindrücken aus Genf



Es folgte eine intensive Diskussion mit der LVR-Reisedelegation über die Ergebnisse der Staatenprüfung und ihre Bedeutung für den LVR als Teil der gesamtstaatlichen Umsetzung der BRK.

Abbildung 5: Gruppenfoto mit den bunten LVR-Regenbogenschirmen, die der LVR als Gastgeschenke mitgebracht hatte



(v.l.: Josef Wörmann, Prof. Dr. Gernot Wolfram, Dr. Britta Schlegel, Prof. Dr. Beate Rudolf, Ulrike Lubek und Dr. Susann Kroworsch)

Linksammlung zum Vortrag von Prof. Dr. Gernot Wolfram

- [Die Kunst, für sich selbst zu sprechen | bpb.de](#)
- [Rassismus | Themen | bpb.de](#)
- [Behinderungen | bpb.de](#)
- [Rassismus in den Medien - Der Reflex im Kopf \(deutschlandfunkkultur.de\)](#)
- [Massenmedien, Repräsentation und Diskriminierung | Say My Name | bpb.de](#)

Weiterführende Informationen des DIMR zur Staatenprüfung BRK

- [Abschließende Bemerkungen des UN-Fachausschusses \(Englisch\)](#)
- [Überblick über das Prüfverfahren](#)

Folienvortrag des DIMR

The slide features a dark blue background with a white rectangular area on the left. In the top left of the white area is the logo of the Deutsches Institut für Menschenrechte, consisting of a blue square and the text 'Deutsches Institut für Menschenrechte'. Below the logo, the text 'Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention' is written in a smaller font. The main title 'Deutschland vor dem UN-Fachausschuss' is prominently displayed in a large, bold, dark blue font. Underneath the title, the subtitle 'Zweite Prüfung der Umsetzung der UN-BRK in Deutschland durch die Vereinten Nationen' is written in a smaller, grey font.

Inhalt

- Deutschland vor dem UN-Fachausschuss (2. und 3. kombinierte Staatenprüfung)
- Abschließende Bemerkungen: Hauptaussagen des Ausschusses und ausgewählte Empfehlungen
- Wie weiter?

2

Staatenprüfverfahren



© Deutsches Institut für Menschenrechte, 2019

* Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) ist die unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands. Es ist gemäß der Berlin-Prag-Charta (1990) als einzige deutsche Institution anerkannt. Das DIMR ist ein eingetragenes Institut für Menschenrechte. Es ist eine Einrichtung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Das DIMR ist ein eingetragenes Institut für Menschenrechte. Es ist eine Einrichtung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

3

Deutschland vor dem UN-Ausschuss (2./3., vereinfachtes Verfahren)

- 2015: Abschließende Bemerkungen zum 1. Verfahren
- Zivilgesellschaft & DIMR: Eingaben für die „List of Issues“
- 2018: „List of Issues prior to reporting“ (Fragenkatalog des Ausschusses an Deutschland)
- 2019: Einreichen eines Staatenberichts als Antwort auf den Fragenkatalog (05/2023: Aktualisierung)
- 2023: Zivilgesellschaft & DIMR: Parallel-Berichte
- 29./30.08.2023: Konstruktiver Dialog vor Ausschuss in Genf
- 12.09.2023: Veröffentlichung der Abschließenden Bemerkungen durch Ausschuss („Concluding Observations“)

4

Konstruktiver Dialog

- Zwei halbe Tage
- Deutsche Staatendelegation in großer Zahl
- Beteiligung von Zivilgesellschaft
- Protestcamp zu Inklusiver Bildung
- Monitoring-Stelle mit Eröffnungs-, Abschlussstatement und Reaktionen auf Antworten der Staatendelegation



5

Abschließende Bemerkungen

Allgemeine Grundsätze und Pflichten (Art. 1-4 UN-BRK):

- BRK-Umsetzung auf allen Ebenen
- Disability Mainstreaming in allen Ressorts
- Verpflichtende Menschenrechtsbindung von Umsetzungsplänen
- stärkere Förderung von Partizipation
- Verbesserung von Normenprüfung
- Verbesserung von Verbandsklagen
- Verbesserung der Koordinierung zwischen Bundesländern

6

Abschließende Bemerkungen

Bereiche, in denen die vom Ausschuss empfohlenen Maßnahmen besonders dringlich umgesetzt werden sollen:

- Deinstitutionalisierung
- Bildung
- Arbeit

7

Artikel 19 (Unabhängig Leben, Gemeinschaft)

Ausschuss besorgt über

- Weitreichende Segregation in Einrichtungen + Fehlen von Maßnahmen zur Deinstitutionalisierung
- zahlreichen Hindernisse bei freier Wahl von Wohnort und Unterstützungsdiensten, wie z.B. der Mehrkostenvorbehalt, die erzwungene Zusammenlegung von Eingliederungsleistungen und -diensten, die Komplexität der Nutzung persönlicher Budgets und Leistungszuschüsse, die auf gemeinsamen Unterkünften und nicht auf individuellen Bedürfnissen basieren

8

Artikel 19 (Unabhängig Leben, Gemeinschaft)

Empfehlungen:

- umfassende Deinstitutionalisierungsstrategie (auch für kleine Wohnheime) mit Maßnahmen zur Unterstützung des Übergangs von Institutionen zum Leben in der Gemeinschaft, mit spezifischen Zeitrahmen, personellen, technischen und finanziellen Ressourcen und klaren Verantwortlichkeiten für die Umsetzung und Überwachung

9

Artikel 19 (Unabhängig Leben, Gemeinschaft)

Empfehlungen (Fortsetzung):

- Maßnahmen zur freien Wohnortwahl, u.a. durch die Verpflichtung, das Angebot an erschwinglichen und zugänglichen Wohnungen zu erhöhen, durch die Einrichtung von persönlichen Assistenzleistungen und -diensten, durch die Abschaffung zusätzlicher Kostenanforderungen und dem erzwungenen Pooling von Eingliederungsleistungen und -diensten, durch die Verringerung der Komplexität bei der Nutzung persönlicher Budgets und durch die Zugrundelegung von Leistungen auf der Grundlage des individuellen Bedarfs statt auf der Grundlage gemeinsamer Unterkünfte

10

Artikel 24 (Bildung)

Ausschuss besorgt über

Fehlen einer vollständigen Umsetzung von Inklusion im gesamten Bildungssystem, über das Vorherrschen von Sonderschulen und -klassen sowie über die verschiedenen Hindernisse, auf die Kinder mit Behinderungen und ihre Familien stoßen, wenn sie Regelschulen besuchen wollen:

11

Artikel 24 (Bildung)

Empfehlungen:

- Umfassender Plan zur Beschleunigung des Übergangs von Förderschulen zu inklusiver Bildung auf Länder- und Gemeindeebene
- Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen
- Kontinuierliche Fortbildung von Fachkräften
- Verbesserung der Datenlage

12

Artikel 27 (Arbeit und Beschäftigung)

Ausschuss besorgt u.a. über

- hohe Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen und hohe Zahl von MmB in WfbM sowie die niedrige Übergangsrate zum allgemeinen Arbeitsmarkt
- unzureichende Maßnahmen, um barrierefreie Arbeitsplätze und angemessene Vorkehrungen zu gewährleisten und den privaten Sektor für die Nichteinhaltung der Beschäftigungsquoten für Menschen mit Behinderungen zur Verantwortung zu ziehen
- Fehlen von barrierefreien und inklusiven Berufsbildungseinrichtungen

13

Artikel 27 (Arbeit und Beschäftigung)

Empfehlungen:

- Partizipativer Aktionsplan zur Förderung des Übergangs von WfbM in den allgemeinen Arbeitsmarkt
- Erhöhung der Beschäftigungsquoten durch wirksamere Maßnahmen
- Zugänglichkeit und angemessene Vorkehrungen am Arbeitsplatz
- Umstrukturierung des Berufsbildungssystems

14

Wie weiter?

- Breite, barrierefreie Bekanntmachung, Diskussion mit allen Akteursgruppen (partizipative Umsetzung!)
 - Follow up-Konferenzen auf Bundes- und Landesebene (NRW, Berlin)
 - Verbändekonsultationen
 - Verwaltung: IMAG etc.
 - ...
- Nächster Staatenbericht bis zum 24. März 2031

Montag, 9. Oktober 2023

15

5. Gespräch mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Die Reisegruppen traf am Vormittag des 26.09.2023 **Jürgen Dusel**, den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, in seinem Dienstsitz im Kleisthaus.

Auf dem Weg zum Kleisthaus hielt der Reisebus am Gedenk- und Informationsort für die Opfer der NS-»Euthanasie«-Morde an der **Tiergartenstraße 4**.

Herr Dusel berichtete in dem Gespräch über seine Einschätzungen zur aktuellen BRK-Staatenprüfung und gab Einblicke in seine aktuellen Arbeitsschwerpunkte als Behindertenbeauftragter.

Abbildung 6: Jürgen Dusel berichtet



Anschließend stellte er sich den vielen Fragen der LVR-Reisedelegation.

Abbildung 7: Die Reisedelegation hatte viele Fragen im Gepäck



Abbildung 8: Gruppenfoto im Anschluss an das Gespräch



(V.l.: Claudia Middendorf, Jürgen Dusel, Ulrike Lubek, Josef Wörmann, Bildrechte: Andreas Schöttke/LVR)

Im Nachgang zu dem gemeinsamen Gespräch veröffentlichten LVR-Direktorin Ulrike Lubek, NRW-Behindertenbeauftragte Claudia Middendorf und LVR-Inklusionsausschussvorsitzender Josef Wörmann ein gemeinsames Statement mit dem Bundesbehindertenbeauftragten Jürgen Dusel:

Farbe bekennen gegen Menschenfeindlichkeit

27. September 2023 | Der LVR

Der LVR blickt besorgt auf die neusten Ergebnisse der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung / LVR-Direktorin Ulrike Lubek, NRW-Behindertenbeauftragte Claudia Middendorf und LVR-Inklusionsausschussvorsitzender Josef Wörmann setzen gemeinsames Statement mit Bundesbehindertenbeauftragten Jürgen Dusel / Gemeinsamer Austausch und Gespräche in Berlin

Köln/Berlin. 27. September 2023. Ulrike Lubek, die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) mit Sitz in Köln, hat gestern mit dem LVR-Ausschuss und -Beirat für Inklusion und Menschenrechte sowie dem Ausschussvorsitzenden Josef Wörmann den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, in Berlin getroffen. Sie haben ein gemeinsames Statement gegen Menschenfeindlichkeit, Rassismus und für Inklusion sowie Demokratie gesetzt. Begleitet hat den Besuch auch die Landesbehinderten- und -patientenbeauftragte Claudia Middendorf. Zusammen beschäftigten sie sich mit Themen, die aktueller nicht sein könnten: Gerade erst veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Mitte-Studie. Das Ergebnis: Deutschland wird rechtsextremer und demokratiefeindlicher.

„Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an allen Lebensbereichen, beispielsweise an Bildung, Arbeit, Wohnen, Sport oder Mobilität ist Menschenrecht und zentraler Wert unserer Demokratie. Inklusion und Demokratie sind zwei Seiten einer Medaille. Wer Inklusion infrage stellt oder gar abschaffen will, greift unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt an“, sagt Dusel.

Bezugnehmend auf Dusels klare Worte sagt Lubek: „Wir brauchen jetzt mehr solcher entschlossener Stimmen. Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Hasskriminalität muss mit einem nachhaltigen Engagement für Menschlichkeit, Inklusion und Partizipation entgegengetreten werden. Dazu gehört es, im Diskurs und auf Augenhöhe gemeinsam Lösungsansätze für gesamtgesellschaftliche Fragestellungen zu finden. Dies ist das stärkste Mittel gegen Manipulation und Machtmissbrauch in einer freiheitlich demokratischen Staatsform.“

Lubek appelliert: „Keine Inklusion ohne Partizipation! Vielfalt und Inklusion machen unsere Demokratie und Gesellschaft stark. Deswegen ist jede Hetze gegen Inklusion auch Hetze gegen Demokratie. Der aktuell zu beobachtende Rechtsruck und die zunehmende Demokratiefeindlichkeit sind ein Warnsignal. Jetzt heißt es Farbe zu bekennen für Vielfalt und gegen Menschenfeindlichkeit. Das tun wir hier in großer Geschlossenheit.“

Wörmann bekräftigt: „Inklusion ist seit vielen Jahren das politische Leitziel des LVR. Wir stehen uneingeschränkt zu der vollen und gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen mit und ohne Behinderungen in unserer Gesellschaft. Das betrifft alle Lebensbereiche, insbesondere Bildung, Wohnen und Arbeit. Inklusion ist ein Menschenrecht. Das bedeutet, sie ist nicht verhandelbar, unveräußerlich und unteilbar. Inklusion kann also niemals auf Kosten eines anderen Rechts verwirklicht werden und andersherum. Das muss bei allen Entscheidungen mitbedacht und mitgetragen werden.“

Middendorf unterstreicht diesen Gedanken und ergänzt: „Jedem Menschen muss das Recht auf eine uneingeschränkte Teilhabe gewährt werden. Es ist die Aufgabe von uns allen, dazu beizutragen, dass Inklusion in allen Bereichen des Lebens selbstverständlich wird.“

Wenn wir die Inklusion stärken, stärken wir auch unsere Demokratie. In unserer Gesellschaft darf kein Platz für Ausgrenzung sein und wir müssen den Menschen immer in den Mittelpunkt stellen.“

Zum Hintergrund

Zudem steht ein Gespräch mit der Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung Ferda Ataman auf dem Programm der Berlinreise. Dusel und Ataman unterzeichneten vor kurzem mit weiteren Beauftragten des Bundes für Antidiskriminierung und Minderheitenrechte sowie dem Bundesopferbeauftragten eine gemeinsame Erklärung. In dieser äußern sie ihre Sorge vor den deutlich gestiegenen Zahlen im Bereich der Hasskriminalität und Anfeindungen einzelner Gruppen in Deutschland. Weitere Programmpunkte der Reise waren ein Besuch in der Bundeszentrale für Politische Bildung mit einem Vortrag zu Rassismus und Hass, sowie ein Gespräch mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte.

6. Gespräch mit dem nationalen „Focal Point BRK“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Am Nachmittag des 26.09.2023 erwartete die Reisegruppen ein Gespräch mit dem „Focal Point BRK“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Torsten Einstmann, Leiter des Referates „UN-Behindertenrechtskonvention, Focal Point, Inklusion im Sport“ im BMAS berichtete anschaulich über den Konstruktiven Dialog in Genf Ende August 2023 aus Sicht der Regierungsdelegation und stand der LVR-Reisedelegation für Fragen zur Verfügung.

Abbildung 9: Die LVR-Reisegruppe im Gespräch mit Torsten Einstmann



Für diese Dokumentation werden die Folien von Herrn Einstmann nachgereicht, die aufgrund technischer Schwierigkeiten bei dem Termin selbst nicht gezeigt werden konnten.



Staatenberichtsverfahren

zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Torsten Einstmann

Berlin, 26. September 2023



Artikel 35 und 36 UN-BRK, Regeln 48 bis - ter der Verfahrensordnung sowie Richtlinien des Ausschusses

- Initialbericht zwei Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK im Vertragsstaat fällig, danach Folgeberichte **alle vier Jahre**
- Grundlage: **List of Issues** oder **List of Issues Prior to Reporting** (vereinfachtes Berichtsverfahren)
- Berichtszyklus endet mit der Verabschiedung der „**Abschließenden Bemerkungen**“ nach „konstruktivem Dialog“ (ggf. „Follow-up“)

Aktualisierung des Staatenberichts, ab Ende Dezember 2022

25. September 2019

- Beantwortung der *list of issues prior to reporting*; Wortlimit: 21.200
- Ressortkoordinierung BMAS; Länderkoordinierung Robert Richard (Sachsen-Anhalt) + KMK
- Kabinettsbeschluss über 68-seitigen Bericht

Aktualisierung bis Mai 2023

- keine Vorgaben des Ausschusses; NZL: 15 Seiten, ca. 5.000 Wörter (vom Ausschuss z.K. genommen)
- Koordinierung wie bisher
- wichtigsten Fortschritte in der Politik für Menschen mit Behinderungen 2019 – 2023

Terminvorbereitung ab Februar 2023

- Auswertung von Empfehlungen, Berichten, Kritik etc.; Austausch mit der Zivilgesellschaft (bis Juni/Juli 2023)
 - Erstellung einer Matrix mit antizipierten Fragen, sortiert nach Themen, UN-BRK Artikeln, Zuständigkeiten
 - Zulieferung von Sprechpunkten und Hintergrundinformationen
- Parallelberichte DIMR und DBR (ab 21. Juli 2023)



Vorläufiger Zeitplan



Konstruktiver Dialog am 30. August 2023

10:00 bis 13:00 Uhr

- Begrüßung Vorsitzende
- Stellungnahme DEU Cluster 2
- Follow-up; Cluster 3 (Art. 21 – 33)
- 15 Min. Unterbrechung
- Stellungnahme DEU 70 Min.
- Abschlussstatements 5 Min.
- Berichterstatter 5 Min.
- Sitzungsende (Beginn 24h-Frist)



Schwerpunkte des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

- Inklusive Bildung
- Teilhabe und Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen
- Inklusiver Arbeitsmarkt
- Deinstitutionalisierung, unabhängige Lebensführung
- Assistenz- und Unterstützungsleistungen, Entscheidungsfreiheit der Betroffenen
- Barrierefreiheit
- Rechtliche Betreuung
- Berücksichtigung der UN-BRK in der Rechtsprechung
- Wahlrecht
- Psychosoziale und mentale Gesundheit
- Zwangsmaßnahmen, Zwangsunterbringung
- Regulierung der Suizidhilfe in Deutschland
- Gender-Perspektive: Gewaltschutz, Empowerment von Frauen mit Behinderungen
- Katastrophenschutz und humanitäre Notlagen



Konstruktiver Dialog am 29. August 2023

15:00 bis 18:00 Uhr

- Begrüßung Vorsitzende
- Eröffnungsstatements 20 Min.
- Berichterstatter 5 Min.
- Cluster 1 (Art. 1 – 10), je 3 Min.
- 15 Min. Unterbrechung
- Stellungnahme DEU 70 Min.
- Follow-up; Cluster 2 (Art. 11 – 20)
 - > Beantwortung am Folgetag

7. Abend der Begegnung des LVR-Ausschusses für Inklusion in Berlin

Am Abend des 26.09.2023 hatte der LVR-Ausschusses für Inklusion zu einem LVR-Abend der Begegnung in die „Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund“ eingeladen.

Zum Einladungskreis gehörten die Mitglieder des Deutschen Bundestages mit einem Wahlkreis im Rheinland sowie Vertretungen verschiedener Behörden, Institutionen und Verbände, die sich mit Behinderten- und Antidiskriminierungspolitik befassen.

Abbildung 10: Herzlich Willkommen beim Abend der Begegnung in Berlin



Abend der Begegnung

des LVR-Ausschusses für Inklusion in Berlin

Dienstag, den 26. September 2023

Empfang 18.00 Uhr

*mit musikalischer
Einstimmung*

Vertretung des Landes
Nordrhein-Westfalen
beim Bund



18.30 Uhr

Begrüßung

Josef Wörmann, Vorsitzender des LVR-Ausschusses
für Inklusion

Grußwort des Hauses

Claudia Middendorf, Beauftragte der Landesregierung
NRW für Menschen mit Behinderung sowie
für Patientinnen und Patienten

Musik: *Alfonsina y el mar* (Ariel Ramirez)

LVR-Kurzfilm „Inklusion erleben“

„Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR“

Ein Lagebericht von Ulrike Lubek, LVR-Direktorin
Musikalische Pause: *Volver* (Carlos Gardel)

Aus-Klang: *Landungsbrücken* (Judith Brandenburg)

Gespräche beim Abendessen (ca. 19.30 bis 21.00 Uhr)

Musikalische Begleitung: *Duo perfume de tango*

Judith Brandenburg (Bandoneon) und Susanne Hofmann (Violine)

Abbildung 11: Josef Wörmann und Claudia Middendorf begrüßten die Gäste



Abbildung 12: LVR-Direktorin Lubek bei ihrem „Lagebericht“



→ Auszüge des „Lageberichts“ sind unter Gliederungsziffer 10 in dieser Dokumentation zu finden.

Abbildung 13: Judith Brandenburg und Susanne Hofmann vom Duo perfume de tango begeistern mit ihrer Musik mit Bandoneon und Violine



Abbildung 14: Der Abend bot viel Zeit für Begegnung und Gespräche



Abbildung 15: Gruppenfoto beim Abend der Begegnung



(V.l.: Ulrike Lubek, LVR-Direktorin, Kerstin Griese und Dr. Rolf Schmachtenberg, BMAS-Staatssekretäre, Prof. Dr. Sigrid Arnade, Vorsitzende DBR-Sprecherinnenrat, Josef Wörmann, Vorsitzender LVR-Ausschuss für Inklusion, Kerstin Claus, Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Jürgen Dusel, Bundesbehindertenbeauftragter und Claudia Middendorf, NRW-Landesbehindertenbeauftragte)

8. Gespräch mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Als letzter inhaltlicher Programmpunkt war die Reisegruppe am Vormittag des 27.09.2023 bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu Gast.

Ferda Ataman, die Unabhängige Beauftragte für Antidiskriminierung, begrüßte die Reisedelegation persönlich und stellte ihre Arbeitsschwerpunkte für die aktuelle Legislaturperiode vor. Anregt durch das große fachliche Interesse und die vielen Fragen der LVR-Reisedelegation blieb Frau Ataman weit über die Begrüßung hinaus und stieg in die Diskussion mit den Anwesenden ein.

Abbildung 16: Im Gespräch mit Ferda Atman



Abbildung 17: Gruppenfoto mit Ferda Ataman



(V.l.: Josef Wörmann, Ulrike Lubek, Ferda Ataman, Karin Schmitt-Promny)

9. Foto-Impressionen

Abbildung 18: Unterwegs in Berlin mit dem „Inklusionsbus“ vom Fahrdienst Jessica



Abbildung 19: Impression aus der „Schankhalle Pfefferberg“ und dem Restaurant „Hugo & Notte“



Abbildung 20: Letzter Stopp vor der Rückfahrt: Humboldt-Forum



10. Vielfalt und Gerechtigkeit im LVR – Auszüge aus dem „Lagebericht“ von LVR- Direktorin Lubek beim Abend der Begegnung

„Liebe Gäste, (...)

Wenn wir über **Inklusion und Menschenrechte** reden, reden wir über Menschenwürde und ihre Unantastbarkeit. So steht es in unserer Verfassung. Rechtlich unantastbar, zugleich menschlich zutiefst verletzlich.

Das ist für uns die ebenso aktuelle wie historische Herausforderung. (...) Ich betone das, um schmerzhaft herauszustellen, dass **Exklusion** unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen tatsächlich einmal Aufgabe und Praxis des überörtlichen Regionalverbandes war. Als Provinzialverband eh und auch später noch viel zu lange als LVR.

Das nationale Inkrafttreten der **UN-Behindertenrechtskonvention** als Bundesgesetz im Jahre 2009 wurde im LVR auch vor diesem Hintergrund – so sehe ich es heute – geradezu als Beweis dafür begriffen und begrüßt, dass endlich und ausdrücklich Humanität und Menschenrechte das neue Paradigma sind.

Wir fühlten uns unter der Überschrift Inklusion sogar weitgehend bestätigt in zahlreichen Reformprozessen, die wir zum Teil aus eigener fachlicher Expertise und eigener finanzieller – ich ergänze: kommunaler – Kraft seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts bewerkstelligten. Manches davon – das ist uns kaum abzusprechen und deshalb sage ich es auch hier sehr selbstbewusst – war und ist über NRW hinaus bundesweit modellhaft und beispielgebend. (...)

Und jetzt? Heute? (...) Die Ergebnisse der **zweiten Staatenprüfung** hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention liegen auf dem Tisch. Ja, vieles ist erreicht. Aber wir haben die teilweise sogar tiefen Besorgnisse und die weitreichenden Empfehlungen des UN-Fachausschusses auf allen staatlichen Ebenen sehr genau zur Kenntnis zu nehmen. Wir müssen uns alle fragen, was zu tun ist. Wir brauchen gute Argumente für gute Wege. (...)

Mich irritiert und, ja, in gewisser Weise stört es mich auch, dass wir in Deutschland aus Perspektive eines hochkaratig fachlich besetzten Gremiums der Vereinten Nationen, im internationalen Vergleich nach 14 Jahren BRK immer noch **gravierende Umsetzungsprobleme** zu haben scheinen. Das ist nicht unser Anspruch, wir wollen dem gern auf den Grund gehen. Aber das wird der LVR nicht im Alleingang schaffen. (...)

Haben wir etwas nicht verstanden? Stehen wir irgendwie auf dem Schlauch – und wenn es auch nur der Geld-Schlauch ist? Wird das viele Geld, das in den vielen Sektoren steckt, noch nicht optimal gesteuert? Lassen Sie uns diese Fragen bitte noch stärker als bisher zur **gemeinsamen Sache** machen und endlich auf den Punkt kommen. Wir – Bund – Land – Kommune – als Pflichtenträger mit der organisierten Selbstvertretung und der Zivilgesellschaft!

Nicht allein als Sozialpolitik, als „Fürsorge“ oder „Wohlfahrt“, sondern aus Rechtsstaatlichkeit heraus auf dem Boden unserer Verfassung und in der Gemeinschaft der Staaten, die sich völkerrechtlich zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet haben.

Gern möchte ich diesen Gedanken noch kurz um den Aspekt der **Vielfalt und der Nachhaltigkeit** erweitern. (...) Die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen der Agenda 2030 fordern uns sehr heraus. Das Gleiche – die große Herausforderung – gilt auch für die Charta der Allgemeinen Menschenrechte. (...)

Bei näherer Betrachtung und nach etlichen Jahren der Beschäftigung mit der UN-Behindertenrechtskonvention kann man zu der Erkenntnis kommen, und an diesem Punkt sind wir jetzt, dass es nicht ausreicht, den Grundsatz der Inklusion nur auf den Aspekt von Teilhabe und Behinderung zu beschränken. Auch nicht als LVR, der hier sicher sein Standbein und seine Kernkompetenzen hat und behält.

Eine „exklusive Inklusionspolitik“ macht nur sehr beschränkt Sinn. Es muss um **Gerechtigkeit und Antidiskriminierung** für tatsächlich alle Menschen gehen. „Inklusion für alle“ verweist uns auf Art. 3 Grundgesetz und spezifischer auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Neben den Erfahrungen mit der UN-Behindertenrechtskonvention hat uns also das AGG zu einem **LVR-Diversity-Konzept** gebracht, das wir im Verwaltungsvorstand 2021 beschlossen haben.

Wir wollen die Vielfalt der Menschen, die für uns arbeiten und für die wir arbeiten, noch umfassender als bisher wertschätzen und fördern. Und wir wollen Menschen schützen, vor Benachteiligung und Diskriminierung. (...) Dafür stehe ich auch im rechtlichen Sinne als gesetzliche Vertreterin und als Behördenleitung des gesamten LVR persönlich ein.

In der politischen Vertretung des Landschaftsverbandes hat sich der heute gastgebende **Ausschuss für Inklusion** dem Thema angenommen. (...)

Ich komme zum Schluss. Die zweite Staatenprüfung nach 2015 ist für uns in Genf abgeschlossen. Der nächste Bericht der Bundesregierung wird, wenn ich das den Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses richtig entnommen habe, um 2030 erwartet. Bis dahin kann, bis dahin muss viel passieren.

2030. Da war doch was? Aktuell werden zur Halbzeit der **Agenda 2030** Zwischenbilanzen vorgelegt. (...) Wir müssen auch hier dringend vorankommen. (...)

Die Agenda 2030 hat das Motto „Niemanden zurücklassen“. Das gilt global ebenso wie lokal. Die Nachhaltige Stadt (SDG 11) ist nichts anderes als der inklusive Sozialraum. Wir dürfen das nicht mehr in politischen Silos getrennt drehen und wenden und jeweils auf Besserung hoffen.

Das überlebenswichtige Prinzip der **Starken Nachhaltigkeit**, das die planetaren Belastungsgrenzen beachtet, braucht auch **Inklusion**. Dem Landschaftsausschuss liegt an diesem Freitag eine Vorlage der Verwaltung zum Beschluss vor, die genau diese Idee, die Leitidee der Inklusiven Nachhaltigkeit ausformuliert: Nachhaltige Entwicklung mit allen, für alle, überall.

Auch Menschen mit Behinderungen sind nicht etwa nur „Risikogruppe“ für Folgen des Klimawandels. Sie müssen Akteur und Profiteur nachhaltiger Entwicklungsprozesse sein. Auch und gerade hinsichtlich des menschlichen Wohlbefindens und des Gefühls der Zugehörigkeit, der inklusiven Teilhabe und der sozialen Gerechtigkeit.

Ich hoffe, dass uns das inspirieren kann, im Jahre 2030 auf beiden Baustellen „Schutz der natürlichen Belastungsgrenzen“ und „Schutz der Menschenrechte für alle“ einen überzeugenden deutschen Beitrag für ein gutes Fundament und ein trockenes Dach leisten zu können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Impressum

Gemeinsam in Berlin.

Dokumentation der Studien- und Informationsreise
des LVR-Ausschusses für Inklusion gemeinsam mit dem LVR-Beirat für
Inklusion und Menschenrechte

Herausgeber

LVR

Kennedy-Ufer 2

50679 Köln

Redaktion

Ulrike Lubek

Bernd Woltmann (verantwortlich)

Melanie Wierum

Fotos

Bernd Woltmann, Melanie Wierum

Andreas Schöttke (Bilder in Kapitel 5)

Layout

Melanie Wierum

Druck

LVR-Druckerei

Köln, Oktober 2023